



## Wie Kommunalpolitik begeistern kann!

Eine Ermutigung von Kirsten Fründt, Landesvorsitzende SGK Hessen e.V.



Kirsten Fründt bei der Landesdelegiertenversammlung im November 2017

Foto: SGK Hessen e.V.

Trotz klammer Kassen, trotz einer Landespolitik, die uns immer wieder neue Aufgaben überträgt, trotz vielfach geringer Wertschätzung, insbesondere für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker\*innen, leisten wir Hervorragendes. Es sind die Ideen, die wir produzieren und umsetzen. Es ist der Gestaltungswille, der uns immer wieder aufrichtet und es sind die Bürgerinnen und Bürger, die ihren Beitrag für ein gelingendes Gemeinwesen leisten. Und das begeistert mich seit meinem ersten Tag als Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf und als Vorsitzende der SGK Hessen.

### Die Frustrierten

Auch die gibt es. Oft höre ich, dass Kommunalpolitik auf wenig Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern stoße. Weit verbreitet sei die Einschätzung, dass man eh nichts verändern könne und dass „die da oben“

doch alles so machen würden, dass „wir da unten“ keinen Einfluss haben. Dem widerspreche ich! Es ist richtig, dass die Vermittlungsarbeit zwischen Kommunalpolitik und Bürger\*innen schwieriger geworden ist. Früher wollten Bürger\*innen geführt werden, sie wollten, dass Kommunalpolitik entscheidet.

Heute haben wir mit Interessensgruppen zu tun, die ihre Interessen benennen. Aber genau dann, wenn wir uns damit auseinandersetzen, setzt auch bei diesen Gruppen ein Prozess der politischen Abwägung ein. Wenn wir Politiker\*innen uns auf Bürger\*innen einlassen, dann kann etwas gelingen.

### Komplexität reduzieren – Entscheidungen erklären

Ich glaube, eine der wesentlichen Qualifikationen, die Kommunalpolitiker\*innen heute mitbrin-

gen müssen, ist es, die Komplexität zu reduzieren. Wir müssen transparent machen, worum es im Kern geht und wir dürfen uns nicht in den Einzelheiten verlieren. Dazu können neue Formen der Bürger\*innenbeteiligung einen Beitrag leisten. Ich will das am Beispiel der Beteiligung junger Menschen erläutern. Wenn wir Kinder fragen, was sie sich für ihr Dorf oder ihren Stadtteil wünschen, dann haben sie keine Schere im Kopf und träumen. Vom eigenen Schwimmbad in einer 200-Seelen-Gemeinde und von der Riesenrutsche vom Dach der Grundschule in den Schulhof. Was machen wir mit diesen „unrealistischen“ Forderungen? Wir führen diese Ideen auf das Machbare zurück, ergründen das Bedürfnis, das dahintersteht, und erklären, was geht und was nicht geht. Kinder verstehen das – und ich bin der festen Überzeugung, Erwachsene auch.

### Inhalt

Susanne Selbert wird neue Landesdirektorin des LWV Hessen

Freundschaft zwischen Wiesbaden-Bierstadt und Terrasson (Frankreich)

Hessische Verfassung modernisieren, ohne besonderen sozialen Kern zu verändern

Erfolgreicher Wahlkampf in Offenbach/Main

Klimawandel in der Praxis (KLIMPRAX) Stadtklima

Es geht also nicht mehr nur um Entscheidung, sondern um Kommunikation!

### Junge Menschen für die Kommunalpolitik begeistern

Ich empfehle zu allererst, junge Menschen für die Kommunalpolitik zu begeistern. Wir von der SGK haben dazu ein Format entwickelt. Unter dem Titel „Kommunalpolitik – wie geht das?“ wird einfach erklärt und in 1,5 Stunden entwickelt, welche Formen der Beteiligung es gibt, wie kommunalpolitische Entscheidungen ablaufen und auch, wo und wie man sich einbringen kann. Wir führen seit acht Jahren die Kommunalakademie durch, in der junge, politik-affine Menschen fit für ein Mandat gemacht werden. Politische Bildung ist ein wesentlicher Hebel, um die Begeisterung für Kommunalpolitik zu wecken. Deshalb sind wir mit unserer Bildungsakademie auch in diesem Bereich so aktiv.



Michael Siebel, Torsten Warnecke, Genossen aus Marburg-Biedenkopf, Tom Giese, Kirsten Fründt und Manfred Sternberg (v. l.) Foto: SGK Hessen e.V.

### Aber es geht auch um die großen Themen

Begeisterung entsteht aber auch, wenn deutlich wird, dass wir „kleine“ Kommunalpolitiker\*innen wertgeschätzt werden. Er klingt ein bisschen dröge, aber eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen würde helfen. Wir sind die Träger der Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge. Die fällt nicht vom Himmel, sondern muss finanziert werden. Deshalb sind der Bund und das Land aufgefordert, uns Mittel zur Verfügung zu stellen, um Schwimmbäder zu bauen, Schulen zu sanieren, Straßen zu bauen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, gerade im ländlichen Raum. Wenn das Verfassungsgebot der vergleichbaren Lebensverhältnisse verwirklicht werden soll, dann bedarf es der Anstrengung von uns allen, daran auch mit Nachdruck zu arbeiten.

Das haben wir bei unserer Landesdelegiertenkonferenz, die im November 2017 in der Waggonhalle in Marburg stattfand, bereits getan. Wir konnten namhafte Referent\*innen aus den Kommunen, dem Land und dem Bund gewinnen. Aber genau so wichtig sind unsere Anträge.

### Antrag: Wohnungsbau in Hessen – auch in den Kreisen ermöglichen

Die Krise auf dem Wohnungsmarkt betrifft nicht nur die Städte, sondern sie greift auf Oberzentren und Kommunen in den Landkreisen über. Auch dort steigen die Mietpreise, verteuert sich der Baugrund und wächst die Tendenz, nicht mehr die Innenentwicklung voranzubringen, sondern

neues Bauland an der Peripherie der Gemeinden auszuweisen.

Deshalb fordert die SGK Hessen die Förderung von eigenen Wohnungsbaugesellschaften der Landkreise und ihrer Mitgliedskommunen. Das Land soll die Landkreise bei der Gründung eigener Wohnungsbaugesellschaften beraten. Mit dem eingebrachten Kapital des Landes sollen nach den bestehenden Förderrichtlinien des Wohnraumförderungsgesetzes direkte Zuschüsse für den Bau von Sozialwohnungen und Wohnungen für mittlere Einkommen bereitgestellt werden.

### Resolution: „Kostenfreie“ Kinderbetreuung – eine Mogelpackung auf Kosten der Kommunen

Die Hessische Landesregierung hat angekündigt, dass die Kindergartengebühren kostenfrei gestellt werden. Es ist unklar, was das für die Kommunen im Einzelnen bedeutet. Es sollen 136,50 Euro pro Kind, das betreut wird, gezahlt werden. Das ist bei weitem nicht „kostendeckend“. Und es sollen nur sechs Stunden bezuschusst werden.

Dies bedeutet, dass es sich auf keinen Fall um eine Vollfinanzierung handelt und diese Regelung zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand führt.

Die Landesregierung geht von 310 Millionen Euro Mehrkosten aus. Heute schon werden die Betreuungskosten als anerkannte Bedarfsgröße im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) berücksichtigt. Mit dem neuen Programm sollen 155 Millionen Euro aus

dem KFA (inkl. Bambini-Programm) zweckgebunden und damit entzogen werden. Die Schlüsselzuweisungen werden um 89 Millionen Euro reduziert (20 Millionen Euro bei den Landkreisen, 37 Millionen Euro bei den kreisfreien Städten und 32 Millionen Euro bei den kreisangehörigen Städten). 61 Millionen Euro werden für die Freistellung des 3. Kindergartenjahres einberechnet.

Wir fordern: Vollständige Gebührenfreistellung im Kita-Bereich. Die Finanzierung soll durch einen Vorweg-

ausgleich vor dem KFA sichergestellt werden. Dadurch werden die tatsächlichen Kosten berücksichtigt. Die Betriebskosten sollen ermittelt und davon 2/3 erstattet werden. Es muss dem Gesetz der Verbesserung der Qualität (Freistellung von Leitungen, pädagogische Freistellung, Verlängerung der Ausfallzeiten) Rechnung getragen werden.

Die SGK-Landesdelegiertenkonferenz fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich im Rahmen der Verfassungs-Novelle der Hessischen Verfassung für die Gebührenfreiheit von der Krippe bis zur Hochschule einzusetzen. Ohne die gebührenfreie Bildung darf es keine Zustimmung zur Änderung der Verfassung im Hessischen Landtag geben.

In weiteren Anträgen hat sich die Konferenz mit dem Landeswohlfahrtsverband und der Hessenkasse befasst.

Wenn alle diese Forderungen umgesetzt würden, dann würde auch deutlich werden, wie wichtig Kommunalpolitik ist. Und in welchem Umfang sie tatsächlich das Leben der Menschen konkret beeinflusst. Dann kann sie begeistern und Spaß machen.

## Susanne Selbert wird neue Landesdirektorin des LWV Hessen

Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen, gratuliert Susanne Selbert zur Wahl



Susanne Selbert führt in Zukunft den LWV Hessen. Foto: Heiko Meyer

„Wir freuen uns sehr, dass mit Susanne Selbert eine Genossin an der Spitze dieses bedeutenden Verbands der Behindertenhilfe stehen wird“, kommentiert Kirsten Fründt die Wahl von Selbert zur Landesdirektorin des LWV Hessen. „Sie wird sich entschlossen

und nachdrücklich für die Menschen einsetzen, die unsere Unterstützung benötigen.“ Selbert wird ihr Amt am 1. Mai antreten. Sie ist seit Juli 2009 Vize-Landrätin des Landkreises Kassel. Als Erste Kreisbeigeordnete ist sie unter anderem für die Fachbereiche Soziales, Jugend, Veterinärwesen und Verbraucherschutz sowie die Revision zuständig. Selbert ist am 3. April 1960 in Kassel geboren. Sie studierte Jura in Göttingen und absolvierte ihre Referendarausbildung am Land- und Amtsgericht Kassel, in Jerusalem und Straßburg. Der LWV ist ein Verband der hessischen Kommunen und Landkreise. Er sorgt für die finanzielle Unterstützung von behinderten, psychisch-kranken oder sozial-benachteiligten Menschen und hilft ihnen in Alltag und Beruf. 2017 betrug der Haushalt des LWV 1,972 Milliarden Euro.



# Es hilft nur eins: Bauen, bauen, bauen

## Wohnungsmangel in Hessen bekämpfen



Thorsten Schäfer-Gümbel.  
Foto: Pietro Sutera

Ein massives Umsteuern in der hessischen Wohnungspolitik hat Thorsten Schäfer-Gümbel gefordert. In Hessen fänden immer weniger Menschen eine bezahlbare Wohnung. Im Rhein-Main-Gebiet sei die Lage besonders dramatisch.

Bezahlbares Wohnen sei aber schon längst für alle Landesteile ein Problem. Zahlreiche Städte in Hessen würden überdurchschnittlich wachsen. Alleine in Frankfurt werde ein Bevölkerungswachstum bis 2030 von rund 100 000 Menschen



Im Jahr werden in Hessen 37.000 neue Wohnungen gebraucht. Tatsächlich gebaut wurden 2016 nur 20.000.



Die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen hat sich seit Antritt der CDU-Regierung nahezu halbiert. Grafiken (2): Manuela Kuhn

erwartet. Diese Menschen benötigten etwa 90.000 Wohnungen, sagte Schäfer-Gümbel.

In hessischen Großstädten zahle ein wachsender Teil der Mieter mittlerweile 40 Prozent und mehr des Einkommens für Kaltmieten. Gerade Familien und junge Berufseinsteiger, aber auch Bürger mit normalen Einkommen würden dadurch verdrängt. Bezahlbares Wohnen sei die soziale Frage des nächsten Jahrzehnts.

Der SPD-Fraktionschef warf der Landesregierung Untätigkeit vor. In der Regierungszeit

der CDU habe sich seit 1999 die Zahl der Sozialwohnungen nahezu halbiert. Bezahlbarer Wohnraum sei vor allem eine Frage des Willens. „Es hilft nur eins: Bauen, bauen, bauen“.

Die Sabotage der Mietpreisbremse müsse durch mehr Transparenz beendet werden. Der Verkauf von öffentlichen Grundstücken sollte nach dem besten Konzept und nicht dem höchsten Preis stattfinden, forderte der SPD-Politiker. Zudem sollte es eine partielle Senkung der Grunderwerbssteuer für sozialen Wohnungsbau geben.

## Kommunen zahlen „Hessenkasse“ selbst

In der Debatte über die sogenannte „Hessenkasse“, die zur Entschuldung von hessischen Kommunen beitragen soll, hat Torsten Warnecke an die Verantwortung der Landesregierung für die finanzielle Misere von Städten, Gemeinden und Kreisen erinnert.

„Warum sind denn die Kommunen in der prekären Finanzlage? Das Land Hessen hat ihnen seit 2011 jährlich 344 Millionen Euro steigend entzogen. Allein zwischen 2010 und 2015 mehr als zwei Milliarden Euro netto. Und die Bürgerinnen und Bürger zahlen 610 Millionen Euro mehr als noch vor wenigen Jahren. Hier stimmt also strukturell etwas nicht“, so Warnecke.

Er kritisierte: „Der Gesetzentwurf ist maßgeblich gekennzeichnet vom Misstrauen der Landesregierung gegenüber der kommunalen Familie. Betrachtet man aber die Leistungen unserer Städ-



Torsten Warnecke  
Foto: Angelika Aschenbach

te und Gemeinden – historisch etwa für die Aufbauarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg oder im Rahmen der Deutschen Einheit – dann haben die Kommunen mit Sicherheit kein Misstrauen verdient, sondern Respekt und Wohlwollen des Landes.“

Dass sich die Landesregierung für dieses Programm auch noch groß feiere, sei schon absurd. Betrachte man die Herkunft des Geldes, das der Umschuldung dienen sollte, könne man feststellen, dass es sich dabei maßgeblich um kommunales Geld handele. „Von prognostizierten 300 Millionen Euro zahlen die Kommunen 239 jährlich selbst“, urteilte Warnecke.

## Zwangsbeiträge abschaffen

Nachdem hessische Kommunen von der Kommunalaufsicht gezwungen worden sind, von Anliegern an sanierten Gemeindestraßen Straßenausbaugebühren zu erheben, hat die SPD-Fraktion deren Abschaffung gefordert.

Günter Rudolph nannte die Landesregierung verantwortlich dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sich teuer an der Finanzierung der Straßen beteiligen müssten.

CDU und Grüne hätten den Kommunen in den letzten Jahren viel Geld genommen. „Und jetzt zwingen Sie unsere Städte und Gemeinden dazu, sich die nötigen Mittel bei den Bürgern zurückzuholen. Es geht hier um bis zu 60.000 Euro.“



# Gelebtes Europa – und eine ganz besondere Beziehung

## Über die Freundschaft zwischen Wiesbaden-Bierstadt und Terrasson (Frankreich)

**Autor** Michael Siebel, Geschäftsführer SGK e.V.

1991 wurde die Städtepartnerschaft vom Ortsbeirat Bierstadt und vom Conseil Municipal de Terrasson offiziell beschlossen. Vorausgegangen war ein reger Schüleraustausch in der Mitte der 80er Jahre zwischen der Theodor-Fliedner-Schule in Bierstadt und dem Collège Jules Ferry in Terrasson.

Von Beginn an war der Ortsbeirat Bierstadt bei der Begründung und Gestaltung der Freundschaft zwischen den beiden Städten dabei. Rolf Thyssen, damals Ortsvorsteher, unterstützte den Schüler\*innen-Austausch tatkräftig. Viele gegenseitige Besuche folgten und mündeten schließlich in der offiziellen Städtepartnerschaft. 2016 wurde das 25-jährige Jubiläum entsprechend gefeiert – in Terrasson und in Bierstadt.

### Aktiver Partnerschaftsverein

Grundlegend war auch der Partnerschaftsverein „Bierstadt-Terrasson“, der 1990 gegründet wurde, um die Freundschaft zu pflegen und zu fördern, insbesondere den Schüler\*innen-Austausch zwischen der Theodor-Fliedner-Schule in Bierstadt und dem Collège Jules Ferry in Terrasson sowie dem Institut St. Roch in Theux. Denn mittlerweile ist mit Theux eine weitere Partnerstadt in Belgien dazu gekommen.

Das zeigt uns: Entscheidend sind die Menschen, die hinter diesen offiziellen Bindungen stehen: Sie sorgen für mehr als nur für Unterkunft und Programm, sie sind im wahrsten Sinne des Wortes „gastfreundlich“. Nur so kann eine solche Freundschaft wachsen.

„Ein gelungenes Miteinander“, „ein Beitrag zur Völkerverständigung“ und „friedlichem Miteinander“, so beschreiben die beteiligten Rolf Thyssen, der als Ortsvorsteher 1991



Deutsche und französische Kinder singen 2017 gemeinsam die Kindereuropahymne.



Honoratioren 2016 beim 25-jährigen Jubiläum



Unsere französischen Partner auf dem Internationalen Ostermarkt in Wiesbaden-Bierstadt

Fotos (3): Jürgen Fleischmann



den Vertrag unterzeichnet hat, und J. Hellwig, ehemaliger 1. Vorsitzender, ihre Freundschaft mit Terrasson. Nicht zu vergessen: der Vorsitzende des „Comité de Jumelage“ von Terrasson, Patric Chouzenoux, der das „Europa der Bürger“ betont und der die Gemeinsamkeiten der beiden Regionen hervorhebt: „Sagt man nicht in Wiesbaden, im Rheingau, ebenso wie in Bergerac und in Bordeaux, dass Weinreben in schwierigen Zeiten gepflanzt werden müssen (um später gut zu ernten)?“ (Aus der Festschrift zum Jubiläum 2016, des Partnerschaftsvereins Bierstadt-Terrasson-Theux).

Dieses Beispiel zeigt uns, wie wertvoll der Ortsbeirat für die Gestaltung von Städtepartnerschaften sein kann, da der Beirat den direkten „Draht“ zu den Bürger\*innen in ihrem Stadtteil hat. Er kann dabei lokal agieren und die Verbindung zur Stadtverwaltung und zum Magistrat nutzen.

### Die neue Generation begeistern

„Jetzt gilt es, die sehr herzliche Beziehung zu unseren Freund\*innen in Terrasson und Theux auf die nächste Generation zu übertragen. Dazu sollte der Schüler\*innen-Austausch, der Ursprung der Partnerschaft, wieder mehr in den Fokus gebracht werden. Wir müssen die nächsten Generationen für das Engagement in unserem Verein begeistern. Ein Partnerschaftsverein ist schließlich die Basis des gelebten Europas“, so der neue 1. Vorsitzende Jürgen Fleischmann, der mit seinem engagierten Team die erarbeitete Freundschaft mit kreativen Ideen weiterführen möchte.

Keine leichte Aufgabe in Zeiten, in denen es immer schwieriger wird die jüngere Generation für das Ehrenamt zu begeistern: ein Hilfeschrei an die Kommunalpolitik.

### Weitere Informationen

[www.bierstadt-terrasson.de](http://www.bierstadt-terrasson.de)  
[vorstand@bierstadt-terrasson.de](mailto:vorstand@bierstadt-terrasson.de)

# Hessische Verfassung modernisieren, ohne besonderen sozialen Kern zu verändern

## Vorschläge der Verfassungskommission liegen vor

**Autor** Norbert Schmitt, MdL, Obmann der SPD-Fraktion in der Enquetekommission zur Änderung der Hessischen Verfassung

Mit der kommenden Landtagswahl sollen auch 15 Änderungsvorschläge zur Hessischen Verfassung zur Abstimmung stehen. Darauf haben sich CDU, SPD, Grüne und FDP im Landtag verständigt.

Nach dem Scheitern einer Verfassungsreform im Jahr 2006 war es für viele überraschend, dass ein solch großer Konsens erzielt werden konnte. Aus Sicht der SPD kann man von einem großen Erfolg sprechen. Zahlreiche sozialdemokratische Forderungen könnten nun – ein positives Votum der Wähler\*innen vorausgesetzt – neu in die Verfassung kommen. Wichtig waren dem SPD-Landesvorstand und der Landtagsfraktion aber auch, dass der historische Kern der Hessischen Verfassung nicht verändert wird. Die Hessische Verfassung, die älteste Länderverfassung nach dem Krieg, zeichnet sich nämlich durch besondere soziale Rechte aus und macht deutlich, dass die Wirtschaft sich dem Wohle der Bürger\*innen unterzuordnen hat und nicht umgekehrt. Mit den geplanten Änderungen wird die Hessische Verfassung also modernisiert, ohne ihren besonderen sozialen Charakter zu beschneiden.

### Neue Inhalte

Für die SPD war es ein besonderes Anliegen, dass die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Verfassung verankert und auf die Beseitigung von bestehenden Nachteilen hingewirkt wird. Ebenso haben wir erreicht, dass erstmals in einer deutschen Länderverfassung die Rechte von Kindern verankert werden. Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung.

Neu aufgenommen werden sollen eine Reihe von Staatszielen. Die Wirkung von Staatszielen sollen in einem

eigenen Artikel definiert werden. Staatsziele sind danach eine inhaltliche Vorgabe für staatliches Handeln und binden alle Staatsgewalt (Gesetzgeber, Gerichte, Behörden). Ziel ist die fortlaufende Verwirklichung der genannten Ziele, wenngleich ein individueller Rechtsanspruch auf Erfüllung nicht garantiert wird. Und sie stehen unter den Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates.



15 Änderungsvorschläge für die Hessische Verfassung liegen vor

Foto: Hessischer Landtag Kanzlei

Als Staatsziele sollen neu in die Verfassung aufgenommen werden: die Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, die Errichtung und der Erhalt der technischen, digitalen und sozialen Infrastruktur und von angemessenem Wohnraum. Auch soll auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land hingearbeitet werden. Ebenso sollen die Kultur, das Ehrenamt und der Sport (mit einer neuen Gesetzesformulierung) als Staatsziele aufgenommen werden. Aus dieser Auflistung ist unschwer zu entnehmen, dass hier zentrale sozialdemokratische Ziele in der Verfassung festgeschrieben werden sollen.

### Volksbegehren

Die Einleitung eines Volksbegehrens soll dadurch erleichtert werden, dass dafür die Unterschriften von fünf Prozent der Wahlberechtigten ausreichen (bisher 20 Prozent). Für einen

Erfolg einer sich danach anschließenden Volksabstimmung ist auch weiterhin eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, die aber mehr als 25 Prozent der Stimmberechtigten betragen muss. Damit soll sichergestellt werden, dass auch bei geringer Abstimmungsbeteiligung eine Entscheidung dem Willen der Bevölkerung entspricht.

### Endlich: Streichen der Todesstrafe

Eine Übereinstimmung bei den Fraktionen gab es, auch endlich die Todesstrafe aus der Hessischen Verfassung zu streichen und das Wahlbarkeitsalter auf 18 Jahre herabzusetzen.

### Nicht aufgenommen: Kostenfreie Bildung

Leider konnte sich die SPD nicht mit ihrer Forderung nach einer ausdrücklichen Verankerung eines Rechts auf kostenfreie Bildung durchsetzen. Die SPD will verfassungsrechtlich garantieren, dass der Besuch von Kindertagesstätten beziehungsweise der Kindertagespflege kostenfrei ist. Damit soll gesichert werden, dass auch die Betreuung und die frühkindliche Bildung von dem Grundsatz der Kostenfreiheit erfasst sind. Zudem soll vor dem Hintergrund eines Urteils des Hessischen Staatsgerichtshofes zur Zulässigkeit von Studiengebühren klargestellt werden, dass deren Erhebung in Zukunft ausgeschlossen ist.

Für die SPD ist dies der Lackmus-Test für die Regierungsparteien in Hessen. Wer kostenlose Kita-Gebühren nicht nur als Wahlkampfinstrument versprechen möchte, wie CDU und Grüne mit ihrer Teilfreistellung ab dem dritten Kindergartenjahr, muss nun „springen“. Ansonsten wird deutlich, dass die von CDU und Grüne vorgesehene Regelung dem Finanzierungsvorbehalt unterstellt ist und damit je nach Situation der Landesfinanzen beliebig wird.

**In Offenbach hat die SPD mit ihrem Kandidaten Felix Schwenke einen tollen Wahlerfolg erzielt. Wir drucken einen Beitrag von Matthias Müller ab, der im Wahlkampfteam des Kandidaten war.**

## Erfolgreicher Wahlkampf in Offenbach/Main

### Ein Rückblick

**Autor** Matthias Müller, Mitglied des Beraterteams im Wahlkampf OB Offenbach, Felix Schwenke

#### **Bürger\*innen-Befragung entscheidet mit über Themen**

Der Unterbezirksparteitag entschied nicht allein. Die Offenbacher\*innen konnten per Bürger\*innen-Befragung und bei einem öffentlichen Workshop Einfluss auf das Programm nehmen, mit dem SPD-Kandidat Dr. Felix Schwenke bei der Oberbürgermeisterwahl um Stimmen warb. Ein ungewöhnlicher Versuch, der vielleicht auch einer der Gründe für sein herausragendes Ergebnis war. Bei der Stichwahl am 24.9.2017 erhielt Schwenke zwei

Drittel der abgegebenen Stimmen, fast dreimal so viel wie die SPD zur gleichen Stunde bei der Bundestagswahl. Nebenbei: Sein Mitbewerber, der CDU-Stadtkämmerer, wurde öffentlich von Grünen und der FDP unterstützt.

#### **„Sagen Sie uns Ihre Meinung“**

Unter der Überschrift „Sagen Sie uns Ihre Meinung“ waren die Menschen in der Stadt neun Monate vor dem Urnengang eingeladen, drei Fragen zu beantworten „Worum sollte sich Politik kümmern?“ „Was ist gut bzw.

wäre gut für Offenbachs Zukunft?“ und „Was ist für Sie Echt Offenbach?“. Im Anschreiben versprach der Parteivorsitzende Schwenke, die Ergebnisse den Medien vorzustellen, geeignete Antworten „in sein Programm einzuarbeiten“ und die Ergebnisse öffentlich auf einem Workshop zu diskutieren.

40.000 Fragebögen verteilte die Offenbacher SPD an fast alle Haushalte der Stadt, mit Ausnahme der Werbeverweigerer. Die Aktion war ein öffentlichkeitswirksamer Wahl-

kampfauftakt und begleitete als starkes Symbol eine Kampagne, die sich nicht allein mit bunten Plakattafeln begnügte, sondern Dialog, Transparenz und Teilhabe in den Mittelpunkt stellte. Fortan stand der Name „Schwenke“ für Offenheit, Zuhören und Bodenständigkeit. Er nutzte dieses Image bei zahlreichen Nachbarschaftstreffen seiner Wählerinitiative, ungezählten Hausbesuchen mit den Parteigliederungen, aber auch bei manch gemeinsamen Trainings oder Chorproben, zu denen er in die Vereine kam, um für



Felix Schwenke, Oberbürgermeister von Offenbach, im Gespräch



seine Projekte zu werben, für eine Agenda, die von den Menschen der Stadt mitbestimmt wird.

### Starker Rücklauf der Fragebögen

800 Offenbacher\*innen schickten einen ausgefüllten Fragebogen zurück, rund ein Drittel davon online. Die Einsender konnten zu den drei Themen jeweils fünf vorgegebene Antworten ankreuzen, darüber hinaus waren eigene Vorschläge und Anmerkungen möglich. Bezahlbare Wohnungen, familienfreundliche Kita-Öffnungszeiten, weniger Fluglärm, neue Parks und Parkplätze, VHS-Angebote für Senioren, Schlaglöcher rasch flicken, ganztägige Betreuung in den Schulen, konsequente Durchsetzung von Sicherheit und Sauberkeit: Die Anforderungen der Menschen an ihre Stadtverwaltung, den Magistrat und insbesondere an den Oberbürgermeister scheinen unbegrenzt, mannigfaltig und gelegentlich auch nicht widerspruchsfrei.

Ein nie versiegendes Füllhorn mag es im Märchen geben, die Verantwortlichen in den chronisch unterfinanzierten Kommunen haben oft nur Magerkost zu bieten und ernten dafür oft nur wenig Verständnis. Der Aufbau des Fragebogens versetzte die Teilnehmer in die Rolle von politischen Entscheidern. Er verpflichtete sie selbst Prioritäten zu setzen und Forderungen mit konkurrierenden Interessen abzuwägen.

### Konkrete Forderungen

Konkret wünschten die Menschen, dass sich die Politik um „preiswerten Wohnraum“, „weniger Fluglärm“, „Sicherheit und Ordnung“ sowie „Sauberkeit“ kümmert. Außerdem um „zusätzliche Arbeitsplätze“ und „billigeren Nahverkehr“. Themen wie „längere Kitaöffnungszeiten“, „mehr Krippenplätze“ und „spezielle Angebote für Senioren“ wurde weniger Bedeutung beigemessen. Gut für Offenbachs Zukunft sind „mehr gute Geschäfte“, „der Wochenmarkt“, „die Ansiedlung von Unternehmen“, die Umgestaltung des Marktplatzes“ und „die Sanierung von Schulen und Kitas“. Ursprünglich höher eingeschätzte Themen wie „Masterplan“, „Dienstleistung per Internet“ oder ein „Servicecenter für Vereine“ fanden wenig Widerhall.



So sah der Fragebogen aus.

Fragebogen Copyright: Köhler Kreation Offenbach

### Echt Offenbach!

Als „Glücksgriff“ entpuppte sich die Frage nach Assoziationen zu „Echt Offenbach“, einem Schlagwort, das sich später als Slogan auf Schwenkes Plakaten wiederfand. Viele Offenbacher\*innen beschrieben mit viel Herzblut, was sie mit der Stadt verbindet. Ein Zeichen dafür, dass die Umfrage Menschen ansprach, die sich bewusst mit der Entwicklung der Stadt auseinandersetzen. Menschen, die sich auch an Wahlen auf kommunaler Ebene beteiligen.

### Bürgerforum wertet aus

Nach der Auswertung der Antworten lud Schwenke zu einem Bürger\*innen-Forum ein. An sechs Tischen sollten jeweils Thesen aus Schwenkes Programm anhand einer konkreten Fragestellung, die an einer Stellwand angepinnt wurde, von den Teilnehmer\*innen besprochen werden. Jeder konnte sich drei Gebiete

aussuchen. Nach zwanzig Minuten mussten sich die Diskutant\*innen jeweils einer anderen Runde anschließen. Die Tische wurden von einem Experten/einer Expertin moderiert. Verantwortliche trugen zum Abschluss die gesammelten Ideen vor.

Nebenbei: Die Veranstaltung sollte in erster Linie Nichtparteimitglieder ansprechen (und hat es auch).

Befürchtungen, die anonyme Fragebogenaktion würde Rechtsradikalen ein Forum bieten, bewahrheiteten sich nicht. Etwa drei Prozent der Antworten können der Rubrik „Hetze“ zugeordnet werden. Diese wurden nicht veröffentlicht. Aber in den Rückläufen, die auch den Medien vorgestellt wurden, wurde durchaus die Sorge geäußert, dass die Politik nicht die notwendigen Mittel bereitstellt, damit Integration gelingen kann.

### Bewertung des Instruments Bürger\*innen-Befragung

Eine Bürger\*innen-Befragung ersetzt nicht das Profil einer Partei oder Charisma und Standing von Kandidaten, aber sie ist durchaus ein Instrument, Menschen im Wahlkampf anzusprechen, ihnen das Gefühl zu geben, „die da oben“ hören mir zu. Das Ergebnis der Offenbacher Meinungsforschung hebelte keinen Kernpunkt Sozialdemokratischer Identität aus, aber sie macht deutlich, dass manche Priorität „draußen“ anders bewertet wird: Beispiel Sauberkeit und Sicherheit. Mit einer Umfrage lassen sich viele neue Ideen gewinnen – schließlich weiß jede\*r am besten um die Probleme vor seiner Haustür. Und diese Art des Wahlkampfs bietet einen nicht zu unterschätzenden Nutzen: Gegenüber den Medien und den Mitbewerbern zieht ein Argument immer: „Die Menschen wollen das. Das hat unsere Befragung gezeigt“.

**Zum Autor:** Matthias Müller organisierte als Fraktionsgeschäftsführer den Wahlkampf 1985 in Offenbach, der stark am Dialog mit den Menschen orientiert war. Als Leiter des Presseamtes der Stadt Offenbach beobachtete er im Hintergrund die erfolgreichen Oberbürgermeister-Kampagnen von Gerhard Grandke und Horst Schneider in Offenbach. Nach der Pensionierung eröffnete Müller eine Kommunikationsagentur und gehörte im Wahlkampf zum Berater-Team von Schwenke.

**Kontakt:** [Matthiasmueller65@yahoo.de](mailto:Matthiasmueller65@yahoo.de)

### IMPRESSUM

#### Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,  
 Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden  
 Telefon: (0611) 360 11 74  
 Telefax: (0611) 360 11 95  
 info@sgk-hessen.de

#### Redaktion:

Michael Siebel, V.i.S.d.P.  
 Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
 Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
 Telefon: (030) 255 94-100  
 Telefax: (030) 255 94-192

#### Anzeigen:

Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Presse Druck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



# Klimawandel in der Praxis (KLIMPRAX) Stadtklima

Ein Projekt zur Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Kommunen

**Autorin** Sonja Singer-Posern (Projektleiterin KLIMPRAX Stadtklima), Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie / Fachzentrum Klimawandel Hessen

Die Hitzebelastung in den Städten nimmt zu und gerade für empfindliche Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen können höhere Temperaturen gesundheitliche Probleme verursachen. Sommertage und heiße Tage (Temperatur-Maximum über 25° C bzw. über 30° C) werden gerade in Städten auch in Zukunft weiter zunehmen. In Hessen wurden im 30-jährigen Mittel (1961 – 1990) 28 Sommertage und vier heiße Tage verzeichnet, in der aktuellen Periode 1987 – 2016 aber bereits 38 Sommertage und acht heiße Tage.

Das Projekt KLIMPRAX Stadtklima mit den Modellkommunen Wiesbaden und Mainz befasst sich mit notwendigen Anpassungsmaßnahmen durch die kommunale Planung an diese Entwicklung. Dies stellt die Kommunen vor neue Herausforderungen: Die Konkurrenz um städtische Flächen ist bereits sehr hoch und kann sich noch verschärfen. Um auch in Zukunft lebenswerte Städte zu haben, müssen klimarelevante Flächen erhalten werden: Flächen, die Kaltluft produzieren, und Kaltluftleitbahnen, die diese kühle Luft in den Nächten auch in die Innenstädte und die besonders aufgeheizten Stadtviertel hineinbringen, sind unverzichtbar für das städtische Klima und müssen planerisch gesichert werden. Die Betroffenheit der Gesundheit der Menschen durch Hitze – insbesondere in baulich stark verdichteten Stadtgebieten – kann sich durch den demographischen Wandel mit einem steigenden Anteil älterer Menschen noch verschärfen.

## Klima und Bauplanung

Im BauGB § 1a Absatz 5 wird von der Bauleitplanung die Berücksichtigung von „... Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch (...) solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen ...“ gefordert. Angesichts des enormen Konflikts um städtische Flächen ist dies keine leichte Aufgabe für die kommunale Planung, von der jedoch nachhaltige Lösungen erwartet werden. Im Pro-



Die Hitze im Sommer nimmt vor allem in den Städten zu.

Foto: Christine Zarda

jekt KLIMPRAX Stadtklima werden folgende Fragestellungen bearbeitet mit dem Ziel, Empfehlungen für die kommunale Praxis bereitzustellen:

- Welche Informationen zur stadtklimatischen Situation brauchen die

Kommunen, um relevante Flächen zu sichern? In welcher Form sollen diese Informationen zur Verfügung stehen?

- Wo liegen die Hot Spots der Betroffenheit für menschliche Gesundheit

und Hitze? Wie können sie ermittelt werden?

- Welche Probleme bzw. Lösungsansätze gibt es, Klimaanpassung in kommunalen Planungsverfahren hinreichend zu berücksichtigen?

Zur letzten Fragestellung wurde bereits ein Leitfaden mit Checkliste für Kommunen veröffentlicht. Dort werden vier Handlungsfelder genannt, die für eine erfolgreiche Implementierung der Anpassung an den Klimawandel in den kommunalen Planungsprozessen wichtig sind:

- Betroffenheit wahrnehmen, Motivation fördern: Klimawandel und -anpassung betrifft alle kommunalen Bereiche
- Fachliche Grundlagen bereitstellen: Klimaanalysen und -projektionen, Daten und Modelle zum Stadtklima, Flechtenkartierung, ...
- Folgen des Klimawandels und Anpassung in Gesamtstrategie thematisieren, Synergien nutzen: Stadtentwicklungskonzept, klimapolitische Ziele und Leitbilder, Flächennutzungsplan etc.
- Kooperationen innerhalb und zwischen Kommunen (fachlicher Austausch, Kooperationen) aber auch mit Architekten, Bauherren, Investoren, ...
- In den ebenfalls im Leitfaden verfügbaren Steckbriefen werden die vorgeschlagenen Empfehlungen nach der Größe der Kommunen und ihrer Möglichkeiten das Thema zu bearbeiten sowie ihrer strukturellen Lage (Kommunen im ländlichen Raum oder Verdichtungsraum) differenziert. Eine Vielzahl guter Beispiele aus der Praxis veranschaulicht die Empfehlungen.

Das Projekt wird voraussichtlich 2019 abgeschlossen sein.

## Weiterführende Informationen und die Veröffentlichungen finden Sie unter:

<https://www.hlnug.de/themen/fachzentrum-klimawandel/forschungsprojekte/siedlungsraeume/klimprax-wiesbadenmainz.html>



Deckblatt der Broschüre „Hitze in der Stadt und kommunale Planung“

Foto: Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie